

Herrn  
Oberbürgermeister Link

**Stellungnahme zur Gründung der Duisburger Einkaufsgesellschaft mbH (DEG)  
DS 13-1025**

Der Personalrat „Innere Verwaltung“ erhebt gegen die beabsichtigte Gründung der Duisburger Einkaufsgesellschaft keine grundsätzlichen Bedenken. Der Prüfungs- und Beratungsprozess zur HSP-Maßnahme 7-0000035 Zentraler Einkauf legt einen solchen Schritt nahe.

Die prognostizierten Konsolidierungspotenziale sind allerdings nach wie vor in ihrer Höhe nur bedingt nachvollziehbar. Es scheinen die spezifischen Beschaffungsbedingungen in einer öffentlichen Verwaltung unter den Anforderungen z.B. des Förder- und Vergaberechts selbst für versierte privatwirtschaftlichorientierte Berater nur in Grenzen bewertbar.

Der Einkaufsbereich des ESD hat unter sehr schwierigen Start- und Strukturbedingungen Beschaffungen für die städtischen Notwendigkeiten organisiert. Dabei ist inzwischen eine hohe Professionalität gerade auch in Umgang mit IT-Möglichkeiten erreicht. Das operative Einkaufsgeschehen gehört daher aus unserer Sicht auf jeden Fall in die Stadtverwaltung. Wichtig ist, dass die Einbindung bzw. Wiedereingliederung des Einkaufsbereichs in eine ordentlich aufgestellte Querschnittsorganisation zeitnah von staten geht.

Mit Druck und Post sowie den zentralen Aufgaben der IT-Organisation ist eine Einheit zu bilden, die parallel aber in Kooperation mit dem heutigen Amt 10 tätig sein wird. So können einige strukturelle Schwächen der heutigen Querschnittsarchitektur ausgeglichen werden.

Mit Blick auf die Bedeutung von konzernübergreifenden Maßnahmen für einen Erfolg des HSP trägt der Personalrat das Experiment „Zentraler Einkauf“ in der vorgeschlagenen Form mit. Verbunden ist dies mit der Erwartung, dass nun auch die Themen angegangen werden, in denen eine hohe Kompetenz bei der Stadtverwaltung vorhanden ist, so z.B. im Bereich von Post- und Druckdienstleistungen oder in der Aus- und Fortbildung. Kontraproduktiv ist es daher, dass fast zeitgleich mit der Gründung der Einkaufsgesellschaft die seit Jahrzehnten bestehenden Kooperationen im Konzern Stadt beim Arbeitsschutz und bei der Arbeitsmedizin aufgegeben werden sollen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der Personalrat „Innere Verwaltung“ der Übertragung von Arbeiten der Dienststelle, die üblicherweise von unseren Beschäftigten vorgenommen werden, auf einen Dritten zustimmt (§ 72 Abs. 4 Nr. 22 LPVG NW).

Wir bitten, diese Stellungnahme den beteiligten politischen Gremien vorzulegen.



Rainer Hagenacker  
Vorsitzender